

Abgeordnete sehen Landesregierung in der Pflicht

Medizinische Versorgung in Mittelbaden: Kritik an nicht ausreichender Finanzierung

Baden-Baden (red/fk) – Mit der Sicherung der medizinischen Versorgung und deren Weiterentwicklung im mittelbadischen Raum befassen sich Kommunal-, Landes und Bundespolitiker der SPD und der Grünen sowie der CDU-Landtagsabgeordnete Tobias Wald.

Wald wandte sich einer Pressemitteilung seines Wahlkreisbüros zufolge zum wiederholten Mal an den baden-württembergischen Sozialminister Manfred Lucha (Grüne), der daraufhin erklärt habe, dass die Krankenhausdichte im Stadtkreis Baden-Baden sowie den Landkreisen Rastatt und Ortenau „im Vergleich zu anderen Stadt- und Landkreisen sehr hoch“ sei. Auch in diesen Krei-

sen werde es laut Lucha deshalb voraussichtlich zu strukturellen Veränderungen kommen müssen. Das ist für Wald aber nicht akzeptabel: „Wir können uns der Debatte über zukunftsfähige Kliniken nicht verschließen. Aber klar muss sein: Mittelbaden und die angrenzende Region sind anders zu sehen als etwa Stuttgart oder Karlsruhe. Die wohnortnahe Versorgung auf dem Land muss bleiben“, so Wald.

Eines der Probleme der Kliniken in öffentlicher Trägerschaft ist nach Ansicht Walds die nicht ausreichende Finanzierung. Der Hinweis von Minister Lucha, wonach die Zuständigkeit für die Betriebskostenfinanzierung beim Bund lie-

ge, sei zwar richtig. Aber, so Wald: „In Rheinland-Pfalz ist der Landesbasisfallwert deutlich höher als in Baden-Württemberg. Das müssen wir für unser Bundesland auch erreichen.“ Der Basisfallwert bildet die Grundlage für die Vergütung der Krankenhausleistungen.

Hinzu komme, dass das Lohnniveau in Baden-Württemberg höher sei als im bundesweiten Vergleich. „Gerade die Kliniken in unserem Bundesland sowie in Bayern leiden deshalb besonders stark, obwohl die Anzahl der Betten im Vergleich geringer ist. Das ist doch widersinnig“, so Wald.

Auch die SPD stellt in einer Mitteilung Forderungen an die

Landesregierung. „Das Landesinnenministerium und das Landesozialministerium sind für die Rettungskette beziehungsweise die Krankenhausbedarfsplanung zuständig“, so der Landtagsabgeordnete Ernst Kopp. Im Vergleich zur Vorgängerregierung habe die grün-schwarze Landesregierung die Fördermittel deutlich gekürzt, anstatt ausreichend Mittel für die Modernisierung unserer Kliniken bereitzustellen“, moniert Kopp. Das Klinikum Mittelbaden sei unmittelbar darauf angewiesen, dass Bund und Land verbesserte Rahmenbedingungen schaffen. Ohne diese seien eine Neuaufstellung und eine breite medizinische Versorgung „in

unserer Region auf Dauer sehr schwer“.

Die grüne Landtagsabgeordnete Bea Böhlen beklagt, dass vonseiten des Bundes viel versprochen werde. Aber: „Entscheidende Verbesserungen sind bislang nicht erkennbar“. Sie fordert diese in der Krankenhausfinanzierung, bei den Arbeitsbedingungen und der medizinischen Versorgung. Auch sie sieht ein Problem in der Vereinbarung des Landesbasisfallwerts. Notwendig sei eine Gesetzesänderung. „Der Bund muss sich endlich bewegen“, so Böhlen, die darauf verweist, dass die grün-schwarze Landesregierung die Mittel für die Investitionsförderung stark erhöht habe.